

Die Kärntner SlowenenInnen 1920 – 1938

Text von Avguštin Malle

Während des Ersten Weltkrieges wurden in Kärnten zahlreiche Slowenen verfolgt, wovon vor allem slowenische Geistliche aber auch einige Laien, Funktionäre slowenischer Vereine, betroffen waren. Die Frage der Grenzziehung begleiteten anhaltende, militärische Auseinandersetzungen, die schließlich mit der Besetzung der Landeshauptstadt durch SHS-Einheiten endeten. Auf der Pariser Friedenskonferenz wurde im Mai 1919 hinsichtlich des Klagenfurter Beckens die Abhaltung einer Volksabstimmung beschlossen. Die Volksabstimmung vom 10. Oktober 1920, bei welcher 59,04 % (22.025 Stimmen) der abgegebenen gültigen Stimmen auf Österreich entfielen, brachte die Kärntner SlowenInnen in eine neue rechtliche Position - sie wurden zur nationalen Minderheit. Die rechtliche Basis für ihre gesellschaftspolitische Tätigkeit boten nun die Minderheitenschutzbestimmungen des Friedensvertrages von Saint Germain, bzw. berief man sich auch auf die feierliche EntschlieÙung der Provisorischen Kärntner Landesversammlung vom 28. September 1920.

Bei der Volksabstimmung stimmte ein bedeutender Teil der slowenischsprachigen Bevölkerung des Abstimmungsgebietes für Österreich. Für viele war das republikanische Österreich mit seinen innovativen Sozialgesetzen eine reale Alternative zur konservativen Monarchie des SHS Staates. Auch ökonomische Gründe sprachen für einen Verbleib bei Österreich.

Die Minderheitenschutzbestimmungen erwiesen sich als nicht einklagbar, die feierliche EntschlieÙung, die den "slowenischen Landsleuten" ihre Rechte wahren sollte, blieb am Papier. Die Minderheitenpolitik im Lande bestimmten weitgehend deutschnationale Kräfte, die sich dabei nach jenen Vorgaben

richteten, die Landesverweser Arthur Lemisch anlässlich der Landtagssitzung am 25. November 1920 geäußert hatte. Im Zentrum seiner Ausführungen stand weder der Gedanke einer Gleichstellung der SlowenInnen noch der der Versöhnung. Die Aufgabe der politischen Verwaltung, die für sich dabei den Anspruch einer Mithilfe von Schule und Kirche einfordern sollte, umriss Lemisch so: *"Nur ein Menschenalter haben wir Zeit, diese Verführten zum Kärntnertum zurückzuführen: in der Lebensdauer einer Generation muß das Erziehungswerk vollendet sein."* Dieses Programm, dem im Landtag keine politische Partei widersprach, intensivierte die bereits aus der Monarchie her bekannte massive Germanisierung der slowenischen Minderheit. Ein bedeutender Teil von Funktionären slowenischer organisierter Strukturen musste nach dem Plebiszit Kärnten verlassen, wählte diesen Weg zum Teil aber auch ohne erkenntlichen Zwang. Die Zusicherung des österreichischen Vertreters in der Interalliierten Plebiszitkommission vom 18. November 1920, nämlich dass niemand wegen seiner politischen Tätigkeit während der Plebiszitzeit verfolgt würde, erwies sich als trügerisch.

In den ersten Wochen nach der Volksabstimmung kam es zu Verfolgungen von Kärntner Slowenen, die in der Zeitung *Glas pravice* und danach in der Wochenzeitung *Koroški Slovenec* thematisiert wurden.

Die SlowenInnen wurden auf Basis ihres Bekenntnisses von 1920 in "deutschfreundliche", (auch "heimattreue" und später "unsere Windischen") und "jugoslawisch orientierte" geteilt. Von den ersteren wurde eine freiwillige Germanisierung erwartet, wohingegen die anderen laufend als "Irredentisten" und "Heimatverräter" diskriminiert wurden.

Diejenigen SlowenInnen, die nach der Volksabstimmung weder ihre Sprache noch ihr Volkstum aufzugeben bereit waren, organisierten sich noch 1920, vor allem aber in den ersten Monaten des Jahres 1921 neu. Sie erneuerten den aus dem Jahre 1890 stammenden

katholischen *Politischen und wirtschaftlichen Verein für die Slowenen in Kärnten / Politièno in gospodarsko društvo za Slovence na Koroškem*, den seit 1908 arbeitenden *Slowenischen christlichsozialen Verband für Kärnten / Slovenska kršèansko-socialna zveza za Koroško* und gründeten am 28. Februar 1921 den *Verband Kärntner Genossenschaften / Zveza koroških zadrug*. Die bevorstehenden Gemeinderats-, Landtags- und Nationalratswahlen erforderten die schnelle Reorganisation ihrer Vereinsstrukturen, die mit einer Loslösung von Dachvereinen in Ljubljana einherging. Die Kärntner SlowenInnen wollten weiterhin als politisch Agierende in Erscheinung treten und sich behaupten.

Aus dem *Poltischen Verein* ging die *Koroška slovenska stranka - die Partei der Kärntner Slowenen* - hervor. Bei den ersten Landtagswahlen 1921 erlangte sie zwei Mandate und konnte diese bis zu den letzten Wahlen der Ersten Republik im Jahr 1930 halten. Für die Nationalratswahlen stellte sie einen Zählkandidaten auf. Ihre ideologische Nähe zu den Christlichsozialen zeigt sich in der Tatsache, dass die Partei 1930, nach massiver Intervention des Ordinariats der Diözese Gurk, auf einen eigenen Kandidaten verzichtete und eine Wahlempfehlung für die Christlichsozialen abgab. Teile der Führungsspitze des *Politischen Vereins* erhofften sich, solcherart den permanenten Vorwurf des Landesverrates ein für alle Mal widerlegt zu haben. Die Christlichsozialen honorierten diese Wahlunterstützung allerdings nicht. Die Akzeptanz des *Politischen Vereins* bei der slowenischsprachigen Bevölkerung war nicht überwältigend. Nur ein Drittel der BewohnerInnen in Bezirken mit slowenischer oder gemischtsprachiger Bevölkerung wählte die *Partei der Kärntner Slowenen*. Maßgebliche Konkurrenten waren die Sozialdemokraten und der Landbund. Größer als in anderen Bezirken war die Wahlabstinz.

Bei den Landtagswahlen 1921 erreichte die Partei der Kärntner Slowenen 9.870 Stimmen und zwei Mandate (Ferdo Kraiger und Vinko

Poljanec), 1923 waren es 9.868 Stimmen und zwei Mandate (Vinko Poljanec und Franc Petek), 1927 kam die Partei auf 9.578 Stimmen und zwei Mandate (Franc Petek und Janez Starc) und bei den letzten Landtagswahlen der Ersten Republik auf 9.205 Stimmen und zwei Mandate (Janez Starc und Franc Petek; ersterem folgte Ende 1933 Janko Ogris).

Dem *Verband Kärntner Genossenschaften / Zveza slovenski zadrug* traten alle slowenischen Genossenschaften im Lande bei. Die 36 Kredit- und vier Viehzuchtgenossenschaften sowie die einzige aktive Wirtschaftsgenossenschaft - eine war inaktiv - sowie die einzige Elektrizitätsgenossenschaft hatten Ende der Ersten Republik insgesamt 4942 Mitglieder, zwei weitere spielten nur eine marginale Rolle. Die Kreditgenossenschaften vergaben Kleinkredite, bemühten sich um die Heranbildung junger Genossenschafter, kämpften mit der allgemeinen Wirtschaftskrise und mit dem Handelsgericht Klagenfurt um die Behauptung des Slowenischen als Amtssprache, wobei sie bald unterlagen.

Die lokalen slowenischen Kulturvereine begannen noch Ende 1920 mit ihrer Arbeit. Im Sommer 1921 besprachen sie die Reorganisation ihres zentralen Verbandes. Dieser wurde schließlich am 2. März 1922 als Koordinations- und Leitungsstelle der gesamten Kulturarbeit wiedererrichtet. Der *Slowenische Christlichsoziale Verband / Slovenska kršèansko-socialna zveza* wurde 1934 in den *Slowenischen Kulturverband / Slovenska prosvetna zveza* umbenannt. Ab 1927 verwaltete der Verband eine zentrale Bibliothek mit wertvollen Handschriften. Die Kulturvereine hatten eine wichtige Funktion für die Pflege der slowenischen Sprache und Kultur sowie die Aufrechterhaltung eines slowenischen nationalen Bewusstseins. Immer wieder kam es bei ihren Auftritten zu Störaktionen.

Neben Chorgesang und Lientheater organisierten und betreuten die Kulturvereine Tamburizzamusikgruppen, Erwachsenenbildung,

Slowenischkurse und Haushaltungskurse. Auch wurden Chorbewerbe und Gastauftritte in Slowenien organisiert. Bevor die Chöre und Laientheatergruppen mit ihren Programmen vor das Publikum treten durften, mussten sämtliche Lied- und Theatertexte der Zensur der Kärntner Behörden vorgelegt werden. Zensuriert wurden auch slowenische Übersetzungen österreichischer und anderer Autoren. Im März 1937 waren von 47 registrierten Kulturvereinen 36 (mit circa 3000 Mitgliedern) aktiv, daneben arbeiteten 26 Gesangsvereine und 11 Tamburizzagruppen. Im kirchlichen Rahmen waren weitere slowenische Vereine tätig. Der größte slowenische kirchliche Verein aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, der *Hermagoras Verein / Mohorjeva družba*, blieb indes inaktiv und beschränkte sich auf die Verwaltung vereinseigener Realitäten.

Die unmittelbar vor der Volksabstimmung von der Landesversammlung versprochene Förderung des slowenischen Kulturlebens blieb aus. Um die Realisierung der feierlichen EntschlieÙung vom 28. September 1920 bemühten sich Ende 1925 die Kärntner Sozialdemokraten, deren Landesvertrauensmann Florian Gröger ja der geistige Vater dieser EntschlieÙung war. Die Sozialdemokraten ventilierten die bekannten Kulturautonomieverhandlungen. Slowenische Exponenten hatten gemeinsam mit anderen Funktionären der Minderheiten in Österreich im Rahmen der *Österreichischen Völkerbundliga* und ihren internationalen Kongressen Autonomievorstellungen entwickelt. Eine Fortsetzung fanden diese Ideen im Rahmen der *Europäischen Minderheitenkongresse*. Die einsetzenden Verhandlungen standen auch unter dem Aspekt reziproker Regelungen für die deutsche Minderheit in Jugoslawien. Sie scheiterten schließlich an der Schulfrage. Ihr Scheitern wurde den slowenischen Verhandlungspartnern in die Schuhe geschoben.

Die Volkszählungen spielten eine bedeutende Rolle in den nationalpolitischen Auseinandersetzungen und wurden zum festen Bestandteil des Nationalitätenkampfes. In Kärnten, wie auch

anderswo in der Monarchie, profitierte vom Zählkriterium "Umgangssprache" in erster Linie das wirtschaftlich, politisch und sozial dominante deutschsprachige Bürgertum. Eine Folge der systematisch betriebenen Spaltung der Kärntner SlowenInnen zeigte sich bei der Volkszählung 1923, bei der nach der "Denksprache" gefragt wurde. Die Zahl der bekennenden SlowenInnen ging dabei dramatisch zurück. Gezählt wurden nur noch 34.650 SlowenInnen. Diese Zahl verringerte sich bei der Zählung im Jahr 1934 auf 24.875 Personen, bei der nach der Zugehörigkeit zum Kulturkreis gefragt wurde. Diese Volkszählungsdaten wurden vielfach angezweifelt. Die slowenische Seite sprach auf Grundlage einer privaten Zählung für das Jahr 1923 von insgesamt 71.472 SlowenInnen, auf der Grundlage der Pfarrkarte Wutte-Streit wurden 86.379 SlowenInnen errechnet. Der sozialdemokratische *Arbeiterwille* schrieb in dieser Zeit von 80.000 Slowenen, Florian Gröger berichtete 1922 den zentralen Parteistellen in Wien von 65.000 Slowenen. Der Sekretär des Kärntner Landbundes sprach 1928 gar von einem "Dritteil" der Slowenen an der Landesbevölkerung, also von rund 123.000 Menschen.

Nach der Volksabstimmung förderte der Historiker und Landesarchivar Martin Wutte, der zugleich hoher Funktionär diverser deutschnationaler Vereine war, die sogenannten Windischen und verfestigte 1927 seine Anschauungen zur "Windischentheorie". Als "Windische" (Wenden) wurden bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts die Kärntner und steirischen SlowenInnen, vielfach aber die Slawen allgemein bezeichnet worden. Ihre Sprache war demnach das "windische" bzw. "wendische". In den nationalen Auseinandersetzungen des ausgehenden 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts bekam der Begriff eine pejorative Bedeutung. Martin Wutte gab den Begriffen in seiner Schrift *Deutsch-Windisch-Slowenisch* neue Inhalte. Sie wurden zur Vertiefung der Spaltung der slowenischen Minderheit in Kärnten verwendet. Als "Windische" wurden nun jene

bezeichnet, die bei der Abstimmung für Österreich gestimmt hatten. Sie hätten dadurch ihre "Heimattreue" und ihre Freundlichkeit den Deutschen gegenüber bewiesen. Sie wären keine SloweninInnen im herkömmlichen Sinn mehr. "Heimattreue" wurde gleichgesetzt mit der Bereitschaft, auf die durch internationale Verträge (Staatsvertrag von Saint Germain) zugesicherte Förderung der eigenen slowenischen Sprache und Kultur zu verzichten, d.h. eine Assimilierung zu akzeptieren. Den "Windischen" wurden im öffentlichen Diskurs der Zwischenkriegszeit die "Nationalslowenen" gegenüber gestellt, jene, die auf eine Einhaltung der zugesicherten Rechte beharrten. Das genügte, um ihnen Illoyalität gegenüber dem österreichischen Staat zu unterstellen und sie so zu kriminalisieren. Die von den NS-Behörden bei den Volkszählungen eingeführte Kategorie "Windisch" wurde von der Zweiten Republik vorerst kritiklos übernommen. Erst nach Protesten holte das statistische Zentralamt vom Institut für Slawistik der Universität Wien ein Gutachten ein. Darin wurde festgehalten, dass es sich beim "Windischen" um einen slowenischen Dialekt, nicht um eine eigene Sprache handelt, es daher auch kein eigenes "windisches Volk" gäbe.

Die katholisch-konservative Prägung eines überwiegenden Teils der slowenischen politischen Führung verleitete einige ihrer Funktionäre dazu, von der seit 1933 amtierenden christlich-autoritären Bundesregierung eine Verbesserung ihrer Situation zu erwarten. Die gemeinsame ideologische Basis erwies sich im nationalen Konflikt jedoch als zu schwach. Statt gestärkt zu werden, verlor die katholisch-slowenische Position vielerorts sogar an Einfluss in den Gemeinden und in der bäuerlichen Interessensvertretung. Kulturveranstaltungen wurden untersagt, die Wochenzeitung *Koroški Slovenec* zensuriert und wiederholt beschlagnahmt. In der slowenischsprachigen Zeitung mussten die Ortsnamen nun zweisprachig, also deutsch und slowenisch angeführt werden. Der *Politische Verein* wurde stillgelegt und die

Aktivitäten der slowenischen Funktionäre, die als "nationale Slowenen" ausgrenzt wurden, überwacht.

Die an und für sich restriktiven Bestimmungen über den Slowenischunterricht an utraquistischen Schulen wurden ab 1934 kaum mehr beachtet. Nur noch in sieben von 78 Schulen wurde zumindest ansatzweise Slowenischunterricht angeboten, wiewohl ein großer Teil der SchülerInnen bei Schuleintritt kaum der deutschen Sprache mächtig war. Ab 1935 wurde die Reorganisation der utraquistischen Schule zur zentralen Frage der Minderheitenpolitik. Die Verhandlungen Joško Tischlers, dem Vorsitzenden des *Slowenischen Kulturverbandes*, mit Exponenten der *Vaterländischen Front*, zu denen als Vertreter des *Kärntner Heimatbundes* Josef Friedrich Perkonig und Alois Maier-Kaibitsch beigezogen worden waren, mussten erfolglos enden. Beide Vertreter des Heimatbundes waren zu dieser Zeit schon den illegalen Nationalsozialisten verpflichtet und stellten ihre Organisation als Deckmantel für NS-Aktivitäten zur Verfügung. Perkonig bekleidete in der *Vaterländischen Front* auch die Funktion eines "volkspolitischen Referenten" und hatte als solcher Kontakte zu illegalen Nationalsozialisten.

Bereits vor 1914 gab es in Kärnten - zumindest ansatzweise - eine Siedlungspolitik deutscher Schutzvereine im slowenischen ethnischen Gebiet. Sie wollten durch eine planmäßige Ansiedlung Deutschsprachiger die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung und damit den ethnischen Charakter des Gebietes verändern, das Land "eindeutschen". Unmittelbar nach dem Krieg wurde diese Politik mit der Errichtung der *Kärntner Bodenvermittlungsgesellschaft* fortgesetzt, die 1925 dem *Kärntner Heimatbund* angegliedert wurde. Bis 1931 wurden im gemischtsprachigen Gebiet über 50 bäuerliche, deutsche Familien angesiedelt. Ökonomische Not hatte viele der ehemals slowenischen BesitzerInnen gezwungen, ihre Höfe zu verkaufen. 1933/34 kam die Siedlungstätigkeit des *Heimatbundes* völlig zum

Erliegen. Erst nach dem "Anschluss" 1938 wurde diese Politik der Ansiedlung "bewährter deutscher Volksgenossen" - allerdings unter anderen Bedingungen - wieder fortgeführt.